

19.03.2018

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Europa und Internationales

zu dem Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/1441

30 Jahre Erasmus Austausch in Nordrhein-Westfalen - Bildungspolitischen Austausch weiterentwickeln

Berichterstatter: Abgeordneter Dietmar Brockes

Beschlussempfehlung:

Der Antrag - Drucksache 17/1441 - wird in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses angenommen.

Datum des Originals 19.03.2018 /Ausgegeben: 20.03.2018

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

1. Der Antrag wird unter II. wie folgt geändert:
 - a) Auf Seite 2 wird im letzten Aufzählungspunkt unter II. der letzte Absatz wie folgt gefasst:

„Sollte das Vereinigte Königreich von Großbritannien angesichts des bevorstehenden Austritts aus der Europäischen Union (kurz: „Brexit“) auch aus dem Erasmus+ Programm aussteigen, wäre das ein herber Rückschlag um den Austausch zu fördern. Der Landtag strebt weiterhin einen engen Austausch mit dem Vereinigten Königreich von Großbritannien an und wird sich um neue Wege der Zusammenarbeit bemühen.“
2. Der Antrag wird in der Beschlussfassung unter III. wie folgt geändert:
 - a) Der erste Beschlusspunkt wird wie folgt gefasst:

„Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Rahmenbedingungen zur Erhöhung des kulturellen und bildungspolitischen Austausches von Schülern, Studierenden, Praktikanten, Auszubildenden, Hochschulangehörigen und pädagogischen Fachkräften zu verbessern.“
 - b) Der dritte Beschlusspunkt wird wie folgt gefasst:

„Der Landtag spricht sich für die Intensivierung des Bildungsaustauschs mit anderen Nationen innerhalb und außerhalb der Europäischen Union aus. Sobald die Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen den EU-27 und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien geklärt ist, sollen Maßnahmen für den Bildungsaustausch mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien konkretisiert werden.“

Bericht

A Allgemeines

Der Antrag der SPD-Fraktion - Drucksache 17/1441 - wurde vom Plenum in seiner Sitzung am 20. Dezember 2017 an den Ausschuss für Europa und Internationales federführend sowie zur Mitberatung an den Wissenschaftsausschuss überwiesen.

Aus Sicht der SPD-Fraktion ermögliche seit 30 Jahren das Erasmus-Programm der EU Studierenden, Praktikanten, Auszubildenden und Hochschulangehörigen einen Auslandsaufenthalt. Es sei als erfolgreichstes EU-Programm anerkannt, weil es ein konkretes Beispiel für die positive Wirkung der europäischen Integration sei. Was 1987 als Mobilitätsprogramm für Studierende begann, habe sich seither weiterentwickelt und das Leben von mehr als fünf Millionen Teilnehmerinnen und Teilnehmer direkt und das Leben zahlreicher anderer Personen indirekt bereichert. Das bislang größte Bildungsprojekt der EU fördere nicht nur den Austausch, sondern schaffe ein positives Bild von Europa sowie einen europäischen Mehrwert, durch den Freundschaften auf dem ganzen Kontinent entstehen würden. Es sei somit ein aktiver Beitrag zum Friedensprojekt Europa.

Mit der Weiterentwicklung des europäischen Bildungsprogramms Erasmus hin zu Erasmus+, dem Programm für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport, seien im Jahr 2014 sieben bestehende Mobilitätsprogramme zu einem einzigen Bildungs- und Mobilitätsprogramm auf EU Ebene zusammengefasst worden. Vor Erasmus+ hätte es unterschiedliche Programme: Erasmus für die Hochschulen, Leonardo da Vinci für den Bereich Berufsbildung, Grundtvig für die Erwachsenenbildung, Comenius für Schulen und noch einige andere gegeben. Erasmus+ fasse diese Programme unter einem Dach zusammen.

Mit Erasmus+ kann/könnten zum Beispiel

- ein Azubi einen Teil seiner Ausbildung in den Niederlanden absolvieren,
- eine Berufsfachschülerin ein Praktikum in Belgien machen,
- eine Studentin ein Semester in Frankreich studieren,
- ein Lehrer eine Fortbildung in Schweden besuchen,
- Jugendliche aus ganz Europa an einem Workcamp in Polen teilnehmen

oder Bildungseinrichtungen aus verschiedenen Ländern gemeinsam Lehrpläne entwickeln. Sie alle würden dafür Geld von der EU bekommen.

Insgesamt stünden 14,7 Milliarden Euro bis 2020 zur Verfügung. Das aktuelle Erasmus+ Programm der EU solle insgesamt vier Millionen Studierenden, Praktikanten, Auszubildenden und Hochschulangehörigen einen Auslandsaufenthalt ermöglichen. Die letzte Bundesregierung hätte zum Ziel gehabt, sowohl die Mobilität von Studierenden als auch von Auszubildenden weiter zu erhöhen. Absolvieren derzeit nur vier Prozent der Auszubildenden einen Auslandsaufenthalt, sollen es bis 2020 zehn Prozent sein. Im Hochschulbereich laute das Ziel für 2020: Jeder zweite Absolvent sollte im Ausland studiert haben – wenigstens für kurze Zeit. Auch da sei noch Luft nach oben – die Quote stagniere bei etwa 30 Prozent.

In Nordrhein-Westfalen seien wachsende Zahlen im Austausch von Studierenden und Hochschulangehörigen zu verzeichnen. Zahlen über die Teilnahme von Auszubildenden an Erasmus+ lägen der Landesregierung nicht vor.

Der Landtag möge daher feststellen:

- Der 30. Jahrestag von Erasmus fällt mit einem anderen wichtigen Datum der europäischen Integration zusammen, nämlich dem 60. Jahrestag der Römischen Verträge, die eine immer engere Union für Europa vorsehen. Beide Jahrestage symbolisieren das gemeinsame Ziel, Menschen in Europa zu vereinen.
- Erasmus+ fördert europäische und internationale Mobilität. Die Zusammenarbeit führt Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund zusammen und hilft dabei eine europäische Identität zu entwickeln.
- Erasmus+ prägt somit das Leben in NRW lebender junger Menschen und ist ein Beitrag mit dem Zweck, dass die Mitgliedsländer im Bereich Bildung stärker zusammenarbeiten und ihre Bildungssysteme modernisieren.
- Die Teilnahme am Erasmus+ Programm unterstützt vor allem junge Menschen, interkulturelle Kompetenzen zu erwerben und sie fit für den Arbeitsmarkt zu machen.
- Sollte Großbritannien angesichts des bevorstehenden Austritts aus der Europäischen Union (kurz: „Brexit“) auch aus dem Erasmus+ Programm aussteigen, wäre das ein herber Rückschlag um den Austausch zu fördern. Auch die durch die schwarz-gelbe Landesregierung forcierten Pläne Studiengebühren für Drittstaatlerinnen und Drittstaatler zu erheben, werden den allgemeinen Bildungsaustausch mit anderen Nationen erschweren und können je nach Ausprägung sogar deutlichen Einfluss auf den Austausch innerhalb Europas haben.

Der Landtag solle folgendes beschließen:

1. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, den kulturellen und bildungspolitischen Austausch von Studierenden, Praktikanten, Auszubildenden, Hochschulangehörigen und pädagogischen Fachkräften zu erhöhen.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, dem Landtag ein Konzept vorzulegen, wie Erasmus+ stärker auf Auszubildende auszurichten ist. Hierzu gehören auch die Erhebung von Vergleichszahlen sowie eine Strategie zur Einbindung von Arbeitgebern.
3. Der Landtag spricht sich gegen die Erhebung von Studiengebühren von EU-DrittstaatlerInnen aus und fordert die Landesregierung auf, Maßnahmen vorzulegen wie der Bildungsaustausch – auch vor dem Hintergrund des „Brexits“ – weiter intensiviert werden kann.

B Beratungsergebnis und Abstimmung

Der Wissenschaftsausschuss hat den Antrag der SPD-Fraktion - Drucksache 17/1441- in seiner Sitzung am 21. Februar 2018 beraten und auf ein Votum verzichtet, da von mehreren Fraktionen signalisiert wurde, einen gemeinsamen Änderungsantrag zu formulieren.

Der Ausschuss für Europa und Internationales hat in seiner Sitzung am 16. März 2018 den Antrag der SPD-Fraktion - Drucksache 17/1441 - abschließend beraten; dabei stellten die Fraktionen von CDU und FDP sowie der SPD folgenden Änderungsantrag:

1. Der Antrag wird unter II. wie folgt geändert:

- a) Auf Seite 2 wird im letzten Aufzählungspunkt unter II. der letzte Absatz wie folgt gefasst:

„Sollte das Vereinigte Königreich von Großbritannien angesichts des bevorstehenden Austritts aus der Europäischen Union (kurz: „Brexit“) auch aus dem Erasmus+ Programm aussteigen, wäre das ein herber Rückschlag um den Austausch zu fördern. Der Landtag strebt weiterhin einen engen Austausch mit dem Vereinigten Königreich von Großbritannien an und wird sich um neue Wege der Zusammenarbeit bemühen.“

2. Der Antrag wird in der Beschlussfassung unter III. wie folgt geändert:

- a) Der erste Beschlusspunkt wird wie folgt gefasst:

„Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Rahmenbedingungen zur Erhöhung des kulturellen und bildungspolitischen Austausches von Schülern, Studierenden, Praktikanten, Auszubildenden, Hochschulangehörigen und pädagogischen Fachkräften zu verbessern.“

- b) Der dritte Beschlusspunkt wird wie folgt gefasst:

„Der Landtag spricht sich für die Intensivierung des Bildungsaustauschs mit anderen Nationen innerhalb und außerhalb der Europäischen Union aus. Sobald die Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen den EU-27 und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien geklärt ist, sollen Maßnahmen für den Bildungsaustausch mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien konkretisiert werden.“

Auf die **Drucksache 17/2152** wird verwiesen.

Dieser Änderungsantrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP sowie der SPD gegen die Stimmen der GRÜNEN bei Enthaltung der AfD angenommen.

Danach wurde über den geänderten Antrag - Drucksache 17/1441- abgestimmt und dieser mit den Stimmen von CDU und FDP sowie der SPD gegen die Stimmen der GRÜNEN bei Stimmenthaltung der AfD angenommen.

Dietmar Brockes
Vorsitzender